



INFORMATION... ■

Schwerin, 21. September 2009

Landesbezirk
Mecklenburg-Vorpommern

Nr. 23 /2009

GdP forderte heute die Unterstützung des Ministerpräsidenten

Anlässlich eines Gesprächs mit Ministerpräsident Erwin Sellering, forderte die Gewerkschaft der Polizei (GdP) heute dessen Unterstützung bei der Lösung der dringendsten Probleme der Polizei.

Der Landesvorsitzende der GdP, Michael Silkeit stellte dar, dass die GdP zu den meisten Themen zwar in Verhandlungen mit den Ministerien und Landtagsfraktionen stehe, dennoch oftmals eine moderierende Hand fehle.

Als besonders kritisch bewertete die GdP die ständig wachsende Belastung der Landespolizei hervorgerufen durch wachsende Aufgaben bei dramatischem Personalmangel.

Silkeit wörtlich: „Wer angesichts monatelanger Wochenenddienste und Mehrarbeitsberge über sportliche die Fitness der Beamten diskutiert, schlittert meilenweit an der Realität vorbei. Offensichtlich wird im Innenministerium und in bestimmten politischen Kreisen verkannt, dass nicht das mangelnde Interesse der Beamten der Fitness im Wege steht und den Dienstsport zum Scheitern verurteilt, sondern die dienstliche Inanspruchnahme und schlicht fehlende Haushaltsmittel. An der Tatsache, dass die Kolleginnen und Kollegen im Einzeldienst immer älter und die jugendlichen Straftäter immer jünger werden, wird im Übrigen auch der Dienstsport nichts ändern. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist darauf die unsinnigste aller Antworten. Da kann es nur andere Lösungsansätze geben.“

Insbesondere muss nach Ansicht der GdP das Angebot auf Altersteilzeit für den Polizeivollzugsdienst verlängert werden. Zusätzlich frei werdende Kapazitäten sind dann alsbald auf die Erweiterung des Einstellungskorridors zu konzentrieren. Zusätzlich muss sich die Beförderungssituation grundlegend verändern.

Silkeit weiter: „Wer ständig mehr Leistung von den Kollegen verlangt, muss diese auch attraktiv vergüten. Dazu muss nach unserer Auffassung ein groß angelegtes Aufstiegsprogramm für den mittleren PVD und die Auslastung der Stellenplanobergrenzen im gehobenen PVD gehören.“

Der Landesvorstand